

Rolf Müller

Gedanken eines alten Mannes über Politik und Verdrossenheit



Rolf Müller Gedanken eines alten Mannes über Politik und Verdrossenheit

2. Auflage 2019

© Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V., Lage Coverbild: Felix Mittermeier, Cinestocks

ISBN: 978-3-86954-421-2

BN: 548421

Vorwort

Durch die Medien werden wir heute so umfassend informiert, dass wir manchmal nicht mehr wissen, wo uns der Kopf steht.

Wir hören, was in der Welt passiert. Wir erfahren, was Politiker der verschiedenen Parteien dazu sagen. Sie machen uns mit ihren Vorschlägen zur Problemlösung bekannt. Sie werben um Wählerstimmen.

Soweit so gut.

Dem alten Mann fällt auf, dass die Medien oft nicht objektiv berichten. Sie verfolgen eine bestimmte Richtung. Sie nehmen einseitig Einfluss auf die Meinungsbildung. Sie geben vor, wie die Ereignisse zu bewerten sind. Sie beeinflussen das Denken und machen sich zum Handlanger der vorherrschenden politischen Strömung. Die Medien sind Sprachrohr der Staatsmacht.

Der alte Mann hat das in 40 Jahren DDR-Diktatur täglich erdulden müssen. Er konnte sich nicht auf die Berichte der Medien verlassen. Das ist auch heute wieder so und zeigt sich daran, worüber berichtet wird und worüber nicht.

Doch das bleibt den mündigen Bürgern nicht verborgen und führt schließlich zu allgemeiner Politikverdrossenheit.

Rolf Müller

Einleitung

Der alte Mann liest die Bibel. Er interessiert sich aber auch für das Zeitgeschehen. Aus diesem Grund informiert er sich in den ihm zugänglichen Medien. Dort erfährt er viel Widersprüchliches. Wenn Wahlen anstehen, schaut er sich auch das eine oder andere Wahlprogramm von Parteien an.

Der alte Mann hat in seinem Leben viele politische Richtungen erlebt - und erlitten. Seine Schulzeit begann in der Hitlerzeit und in den ersten Jahren des zweiten Weltkrieges 1942 - 1945. Von 1946 - 1950 beendete er die Schule unter sozialistischen Vorzeichen. Im September 1950 begann er eine Lehre als Buchdrucker in einem grafischen Privatbetrieb, die er 1953 erfolgreich beendete.

Vom Sozialismus unter Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Erich Honecker ließ er sich nicht beeinflussen. Die Realität in der DDR stand zu sehr im Gegensatz zur Theorie. Die Theorie auf den alltäglichen und überall sichtbaren Transparenten hieß:

"Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist!"

In der Praxis erlebte der Bürger allerdings meist die Ohnmacht des Marxismus, vor allem auch in den Dingen des täglichen Bedarfs.

Es war dann eine wunderbare Erfahrung für den alten Mann, als der Sozialismus in der DDR 1989 durch die friedliche Revolution zu Ende ging - den im Glauben Honeckers weder Ochs noch Esel in seinem Lauf aufhalten könnte. Dem alten Mann bleibt unvergesslich, wie auf der Berliner Mauer, dem sogenannten "antifaschistischen Schutzwall", ein einzelner Trompeter den Choral "Nun danket alle Gott" anstimmte. Für die ehemaligen DDR-Bürger brach eine neue Zeit an - mit ungeahnten Möglichkeiten.

Seit der Deutschen Einheit sind inzwischen Jahrzehnte ins Land gegangen. Die ursprüngliche Euphorie ist längst verflogen und hat einer

großen Ernüchterung Platz gemacht. Der Bürger hat sich an all das Gute gewöhnt und betrachtet es als Selbstverständlichkeit. Früher meckerten die Leute, weil es in der DDR viele Dinge nicht gab. Heute gibt es fast alles, aber die Leute meckern trotzdem.

Was den alten Mann jedoch stark beunruhigt, ist das Wiedererstarken des sozialistischen Gedankengutes in Deutschland. Er hat den Eindruck, dass die totgeglaubte DDR heute eine fröhliche Auferstehung feiert.

Die Nachfolgepartei der SED nennt sich jetzt "Die Linke" und ist im Bundestag vertreten. Die CDU unter Kanzlerin Angela Merkel ist aus der sogenannten "Mitte" stark nach "Links" abgedriftet und kaum noch von der SPD zu unterscheiden. Die "Grünen" bemühen sich, mit ihrer aberwitzigen Klimapolitik die deutsche Wirtschaftskraft zu zerstören und mit utopischen Energieprojekten den Strompreis in die Höhe zu treiben. Durch zunehmende Regulierung fördert die Regierung einen Trend zur Planwirtschaft à la DDR.

Regierungsprogramm CDU/CSU

Ein von CDU/CSU herausgegebenes "Regierungsprogramm 2017 - 2021" trägt den Titel: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". In dem Propagandaheft findet man mehr als 40 Fotos von Angela Merkel. Dort heißt es unter anderen:

"Es hat sich gezeigt, dass die demokratischen Parteien in großen und existentiellen Fragen immer wieder zu einer parteiübergreifenden Gemeinsamkeit gefunden haben."

Verschiedene Parteien, eine Meinung, ein Ziel. In der DDR hieß das "Nationale Front".

Die Automobilindustrie soll auch künftig eine Schlüsselindustrie sein, führend in der Produktion alternativer und umweltfreundlicher Antriebe, wie Elektromobilität. Die Politik will hierfür künftig die Rahmenbedingungen schaffen. Nicht der Markt, die Politik entscheidet über die Produktion. Die DDR lässt grüßen. Dort musste man auf einen "Trabant"

umso länger warten, je länger die DDR bestand. Zuletzt waren es 17 Jahre. Doch bald schon werden Autos die Autobahnen blockieren, bei denen der Akku am Ende ist, weil diese E-Fahrzeuge zu lange im Stau stehen müssen.

Im Regierungsprogramm von CDU/CSU hat der alte Mann kein Bekenntnis zu deutscher Identität und zu deutscher Kultur gefunden. Er befürchtet, es werden auch in Zukunft einsame Entscheidungen ohne Einbeziehung des deutschen Volkes getroffen. Das wird Deutschland weiter spalten und an den Rand des Zerbruchs führen. Die Folgen für das Land sind noch nicht absehbar.

Der alte Mann fragt sich, wie lange das noch sein Land ist. Hat er noch die deutsche Staatsbürgerschaft oder ist er jetzt schon EU-Bürger? Wie lange dauert es noch, bis auch die letzten Nationalstaaten alle abgeschafft werden? Wer entscheidet darüber und wer wird noch gefragt? Der Bürger jedenfalls nicht! Darf man schon bald nicht mehr "Vaterland" und "Muttersprache" sagen? Sind diese Begriffe "rechtspopulistisch"? Deutschland ist zu einem "Beliebig-Land" mutiert!

Die Medien

Die neue Meinungsfreiheit nach der friedlichen Revolution war für den alten Mann ein hohes Gut. In der DDR konnte man die politischen Leitartikel wortgleich in jeder Zeitung finden. Es war kein Unterschied, ob man die "Freie Presse", die "Junge Welt" oder das "Neue Deutschland" las. Die politische Linie war vorgegeben. Die Partei, die SED, hatte immer Recht. Abweichende Meinungen wurden nicht geduldet und schon gar nicht veröffentlicht. Die Staatssicherheit der DDR hatte ein wachsames Auge auf die Bürger. Der alte Mann könnte darüber vieles berichten.

Inzwischen haben aber auch die meisten Medien im vereinten Deutschland an Glaubwürdigkeit verloren. Der Bürger kann sich in vielen Bereichen nicht mehr auf sie verlassen. Die Berichterstattung ist nicht mehr objektiv, sie wird gesteuert. Nicht, ob etwas wahr ist interessiert, sondern ob man es sagen darf. Viele Journalisten legen sich freiwillig Beschränkungen auf. Sie wollen nicht unangenehm auffallen und legen großen Wert auf eine sogenannte "politische Korrektheit". Deutschland wird der DDR immer ähnlicher. Der damalige "Schwarze Kanal" von Karl Eduard von Schnitzler im DDR-Fernsehen hat wohl Schule gemacht.

Der Staat versucht, die öffentliche Meinung zu steuern. Worthülsen beherrschen die Medien. Ursachen der Ausschreitungen sucht man in der sogenannten "rechten Szene". Linke Gewalt wird beschönigt und kleingeredet. Politisches Versagen in der Flüchtlingskrise will man nicht sehen. Straftaten, die "Schutzsuchende" in Deutschland begehen, werden kaum geahndet. Es gibt Straffreiheit für illegal Eingereiste. "Flüchtlinge" dürfen das! Zur Masseneinwanderung darf sich der Bürger nicht kritisch äußern. Das könnte womöglich zu "Ausländerhass" führen. Wer anderer Meinung ist, wird als "Feind Europas" oder als "Nazi" diffamiert.

Die Diskrepanz zwischen erlebter Wirklichkeit und wirklichkeitsfremder Darstellung in den Medien wird immer größer. Bewusst wird weggeschaut und Realität verfälscht. Der deutsche Bürger soll die tägliche Gewalt klaglos ertragen. Er soll sich an die Gewalt gewöhnen. Verwerflich sei schließlich nicht die Gewalt, sondern nur die Thematisierung von Gewalt. Deshalb entartet die Berichterstattung in den Medien sehr oft zur Märchenstunde.

Flüchtlingspolitik

Von Martin Schulz (SPD) stammt der steile Satz:

"Die Flüchtlinge, die zu uns kommen, sind wertvoller als Gold, weil sie unsere demokratischen Werte in Europa schätzen." (RNZ 11.06.2016)

Als die Kanzlerin im Alleingang die Grenzen für "Flüchtlinge" öffnete, war die Wirtschaft zunächst begeistert. Sie erhoffte sich hervorragend ausgebildete Fachleute. Der Tenor: Es werden uns Menschen geschenkt, die unseren Wohlstand sichern und die Rente bezahlen. Alle sollen bleiben können. Kein Mensch ist illegal. Jeder, der über die deutsche Grenze kommt, hat den Anspruch hier zu bleiben und integriert zu werden. Es gibt keine Obergrenzen. Leider klappt die Integration größtenteils nicht.

Die "Geflüchteten" gehören in ihren Heimatländern oft gerade nicht zu den Ärmsten, denn sie können sich das teure "Schlepperhonorar" leisten. Da kann es dann schon passieren, dass ein Asylbewerber zurück in seine Heimat reist - wo er doch angeblich verfolgt wird - und dann zum zweiten Mal ohne Papiere wieder nach Deutschland kommt.

Nach Angaben des Bundesamtes für Migration konnten 60 Prozent aller Asylbewerber keine Ausweispapiere vorweisen (DIE ZEIT, 15.03.2017). Und das könne man doch nicht zugleich als Indiz für eine Täuschungsabsicht interpretieren...

Die "Flüchtlinge" kommen mit anderen Wertevorstellungen. Sie verstehen unsere deutschen Werte nicht und wollen sie auch nicht übernehmen. Sie sind teilweise im Krieg aufgewachsen und bringen ein aggressives Potential mit. Sie sind eine Zeitbombe. Sie lassen sich nicht integrieren. Wer ihre Integration fordert, ist völlig naiv.

Dabei gibt es fast nichts, was Migranten in Deutschland nicht angeboten wird. Neben "Singen im Chor" und "Flirten mit deutschen Frauen" können sie sich auch - sozusagen als Mittel der Kommunikation und Integration - den Kampfsport "Jiu Jitsu" beibringen lassen (EPOCH TIMES, 24.02.2017).

Die Hoffnung, den allgemeinen Fachkräftemangel in unserem Land durch mehr Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis ausgleichen zu können, ist absurd. Es gibt in vielen Ländern Europas eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit. In einer solchen Situation massenhaft junge Analphabeten einwandern zu lassen, führt letztlich zu einer Absenkung des Bildungsniveaus und bremst die deutsche Wirtschaft. Nur begreifen das die meisten Polit- und Wirtschaftsfunktionäre nicht.

Durch die Masseneinwanderung von Muslimen bekommen wir eine Ideologie, die bestens dazu geeignet ist, den Staat unregierbar zu machen. Am Ende wird es überwiegend Verlierer geben. Kulturlose Europäer und entwurzelte Zuwanderer werden sich gegenüberstehen. Entsteht dann eine neue Superkultur oder kommt damit ein politischer und wirtschaftlicher Super-GAU?

Für das Wohl des Volkes

Die deutsche Regierung ist nach dem Grundgesetz dem Wohl des deutschen Volkes verpflichtet. Auf dieses Grundgesetz werden Minister vereidigt:

"Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohl des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Ist das nur eine Formalität, oder setzt sich die Regierung wirklich für das Wohl des deutschen Volkes ein?

"Wir haben in Deutschland ein hohes Maß an innerer und äußerer Sicherheit. Deutschland ist ein stabiles Land mit gefestigter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit." (aus dem Regierungsprogramm CDU/CSU 2017 - 2021).

Das war einmal. Dieses Deutschland gehört der Vergangenheit an. Heute müssen die Bürger auf Stadtfesten mit "Merkel-Pollern", Granitblöcken und von einem Großaufgebot an Polizisten geschützt werden. Es gibt Belästigungen, Krawalle und Prügeleien. Sind diese Gefahren für die Sicherheit der Bürger in Deutschland nun real oder nur gefühlt? Der alte Mann kann sich erinnern, dass es Zeiten gab, wo öffentliche Veranstaltungen auch ohne ein überdimensionales und großes Polizeiaufgebot stattfinden konnten. Diese Zeiten scheinen vorbei zu sein. Die Sicherheitsprobleme haben zugenommen. Was die Rechtsstaatlichkeit betrifft, gibt es in Deutschland zweierlei Recht: Eines für "Neubürger" und eines für die, "die schon länger hier leben".

Ein konkreter Fall: Einem Syrer, der die deutsche Staatsbürgerschaft erhielt, weil er eine Deutsche geheiratet hatte, wurde die Zuerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bislang nicht wieder entzogen, obwohl dieser bei der Einbürgerung seine Zweitfrau in Syrien verschwie-

gen hatte (Quelle: DIE WELT, 30.05.2018). Damit wird die islamische Vielehe in Deutschland praktisch legitimiert und geltendes Recht außer Kraft gesetzt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat in einem Urteil entschieden, dass Kritik am Islam, besonders am "Propheten Mohammed" - dem Begründer der Religion - nicht vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei (gatestoneinstitute.org, 02.11.2018).

"Wir sind ein Land mit einer unverwechselbaren starken Identität." (aus dem Regierungsprogramm von CDU/CSU 2017 - 2021)

Dem widerspricht, dass selbst von Regierungsmitgliedern die Existenz einer deutschen Kultur bestritten wird. Alles soll am "runden Tisch" mit Migranten neu verhandelt werden. Da kann die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung behaupten, außerhalb der Sprache gäbe es keine deutsche Kultur, und kaum jemand widerspricht ihr. Im Namen der Buntheit und Vielfalt will man durch vollkommene Gleichheit eine Art kulturellen Einheitsbrei durchsetzen.

"Heute leben wir im schönsten und besten Deutschland, das wir je hatten..." (aus dem Regierungsprogramm von CDU/CSU 2017 - 2021)

Gehört dazu auch die fortschreitende Verwahrlosung unserer Städte? Gehört dazu die Zerstörung der natürlichen Landschaft durch Windräder, riesige Solarfelder und eine monokulturelle Produktion von Energiepflanzen?

An den beschleunigten Atomausstieg wurde ein beschleunigter Ausbau von erneuerbaren Energien gekoppelt. In einem Gedicht von Wilhelm Busch heißt es:

"Aus der Mühle schaut der Müller, der so gerne mahlen will. Stiller wird der Wind und stiller, und die Mühle stehet still. So geht's immer, wie ich finde, rief der Müller voller Zorn, hat man Korn, so fehlts am Winde, hat man Wind, so fehlt das Korn."

Die einstmals so sichere Stromversorgung soll durch erneuerbaren "Zitterstrom" ersetzt werden. Der fällt entweder in Mengen an, die das Netz völlig überlasten, oder er muss schnell an Nachbarländer abgegeben werden. Bei Windstille kann nun mal kein Strom erzeugt werden. Was dann? Dann müssen die Kohlekraftwerke schnellstens hochgefahren und Atomstrom aus Frankreich und Russland importiert werden.

Die verheerenden Folgen dieser Entscheidungen werden unser Land in ein paar Jahren mit voller Wucht treffen. Der alte Mann befürchtet, dass sich die "Klimarettung" als ein großer, katastrophaler Fehler erweisen wird.

Der deutsche Publizist Hans Magnus Enzensberger gibt zu bedenken:

"Die Politiker geben sich erbarmungslos menschenfreundlich. Sie wollen nur unser Bestes. Auf keinen Fall rechnen sie damit, dass wir selber wissen, was gut für uns ist. Deshalb sollen wir gründlich betreut und umerzogen werden."

Der Trend geht zur sozialistischen Planwirtschaft. Obwohl Frau Merkel das Scheitern dieses Wirtschaftsmodells in der DDR am eigenen Leib miterlebt hat, kämpft sie offen für das nächste Experiment.

"Deutschland hat die Aufgabe, Stabilitätsanker in der Welt zu sein." (aus dem Regierungsprogramm von CDU/CSU 2017 - 2021)

Daraus spricht der eigentlich schon überwunden geglaubte Größenwahn deutscher Politiker, die der Welt zeigen wollen, wo es lang geht. Auch die Kanzlerin ist nicht frei davon. Sie sagt:

"Ich muss als deutsche Bundeskanzlerin dafür sorgen, dass es Deutschland gut geht, dass die Europäische Union zusammenhält, dass es in Europas Nachbarschaft so zugeht, dass Menschen dort Heimat auch als Heimat empfinden können. Konkret heißt das in unserer Zeit, dass wir uns in neuer Weise mit Afrika befassen müssen." (freiewelt.net 10.10.2016)

So spricht die "mächtigste Frau der Welt", die heimliche "Königin Europas". Ob sie vergessen hat, dass sie eine Volksvertreterin und keine "Erbprinzessin" ist; dass sie gewählt und nicht geweiht ist?

Der alte Mann weiß, dass auch Politiker nicht frei von Fehlern und auch sterblich sind. Doch der von Merkel im Alleingang verfügte Atomausstieg und der Ausbau erneuerbarer Energien, für die es keine Netze gibt, haben dafür gesorgt, dass Deutschland den höchsten Strompreis in Europa hat. Die Grünen befürworten die möglichst baldige Abschaffung des Verbrennungsmotors, obwohl es keine wirklichen Alternativen dazu gibt.

Frau Merkel hat immer wieder im Fernsehen bekräftigt, sie habe 2015 keine Fehler gemacht. Sie würde alles wieder so machen. Das heißt, es soll auch künftig niemand, der keine gültigen Ausweispapiere hat, an der Grenze zurückgewiesen werden. Jeder darf mit ein bisschen Deutsch und Eigenengagement für immer in Deutschland bleiben.

"Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da." (Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Bundestagsfraktion, DIE WELT 27.09.2015)

Die Regierung denkt gar nicht daran, sich an Recht und Gesetz zu halten. Das ist die Arroganz der Macht, die in einer Demokratie nichts zu suchen hat. Alle an der Regierung beteiligten Parteien befürworten eine ungebremste Zuwanderung.

Die Bevölkerung soll wieder Vertrauen zur Regierung fassen. Weil sie das Richtige tut? Die Regierung bescheinigt sich selbst, dass sie keine

Fehler macht. Deshalb darf sie auch nicht kritisiert werden. Von der Wirklichkeit will sich die Politik nicht ins Handwerk pfuschen lassen.

Das Bildungssystem in Deutschland ist schon längst nicht mehr vorbildlich. Es gibt zwar immer mehr Abiturienten, aber sie waren noch nie so schlecht gebildet wie heute. Die Zahl der Studenten, denen an der Universität erst einmal die grundlegenden Schreib - und Lesekompetenzen beigebracht werden müssen, ist beträchtlich.

"Die Welt ist immer am meisten gefährdet, wenn sich die Weltretter an ihr vergreifen." (DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld in einem Brief an die Bundeskanzlerin am 02.01.2019)

Das Schreckgespenst

In Deutschland geht ein Gespenst um. Alle Gutmenschen haben sich zu einer "heiligen Hetzjagd" gegen dieses böse Gespenst zusammengetan. Das Gespenst heißt Alternative für Deutschland (AfD). Alle "demokratischen" Parteien verteufeln die AfD. Wahlstände der AfD werden attackiert, Wahlkampfhelfer bespuckt, getreten und geschlagen. Einige mussten nach den tätlichen Übergriffen ärztlich behandelt werden. Gastwirte, die ihre Räume der AfD vermieten, werden bedroht. Die Medien betreiben eine gnadenlose Hinrichtung der AfD.

In den Kirchen wird diskutiert, ob ein Christ in einer Partei sein kann. Das wird in aller Regel bejaht, mit einer Ausnahme: Ein Christ darf nicht in der AfD sein. Christen müssen - so Kirchenobere - der AfD in jedem Fall entschieden entgegentreten. Das haben Kirchenvertreter aus fast allen Richtungen einmütig erklärt. Die Partei sei zwar in den Bundestag gewählt worden, aber das könne man nicht akzeptieren. Man müsse diese Partei auf das Schärfste bekämpfen. Frömmigkeit und AfD wählen, das gehe nicht. Für den alten Mann ist es ein Rätsel, wieso die AfD bei der Bundestagswahl so gut abschneiden konnte. War etwa Wahlbetrug im Spiel? Waren die Wähler von allen guten Geistern verlassen? Haben sie nicht auf die Medienberichte gehört? Von wem haben sie sich beeinflussen lassen? Oder haben sie etwa die Wahlprogramme gelesen?

Was ist da los? Gibt es heute noch Meinungsfreiheit in Deutschland? Der alte Mann staunt, wie alle Parteien und Medien eine Hetzjagd auf alles machen, was auch nur ein wenig nach AfD riecht. Hat diese verwunderliche Geschlossenheit etwas mit politischer Kultur zu tun? Ist Kritik an der Regierung verboten? Kommen wieder DDR-Verhältnisse oder haben wir sie schon? Fragen über Fragen!

Die Amtskirche hat unter dem Motto "Unser Kreuz hat keine Haken" (FAZ, 20.04.2017) gegen den Parteitag der AfD gebetet. Der alte Mann fragt sich, wieso dann der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm während eines Besuchs im Oktober 2016 auf dem Tempelberg in Jerusalem sein Bischofskreuz ablegte. Hat das Kreuz der Amtskirche noch einen Christus? Aber im Wahlkampf für die "Grünen" beten...

AfD-Mitglieder werden vielfach nicht mehr als Menschen wahrgenommen. Sie sind das Zerrbild des Feindes schlechthin, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. Die verbale Nazikeule wird wie Sand mit der Schaufel über alle gestreut, die sich der politisch tonangebenden Richtung widersetzen.

Es hat den Anschein, dass die etablierten Parteien im Bundestag unter sich bleiben wollen. Sie überziehen die AfD mit Beschimpfungen und sprechen ihr das Existenzrecht ab. Die AfD ist eine "Katastrophe" für die "demokratischen" Parteien. Die Regierungsparteien und die Opposition führen sich wie dumme Kinder auf. Sie lehnen es ab, neben den "Nichtdemokraten" im Bundestag zu sitzen. Sie wollen kein Büro im Bundestag beziehen, das in AfD-Nähe liegt. Sie verweigern der AfD das im Grundgesetz verankerte Recht auf das Amt eines Vizepräsidenten im Bundestag. Die AfD ist permanentem Terror ausgesetzt. Sie wird von allen Parteien, Medien und Kirchen attackiert. Das äußert sich in vielen hasserfüllten verbalen Drohungen, Sachbeschädigungen bis zu tätlichen Angriffen. Immer mehr wird Gewalt zum Mittel der politischen Auseinandersetzung. Es ist ein Kampf gegen Andersdenkende. AfD-Abgeordnete im Bundestag werden diffamiert, dämonisiert und als Nazis gebrandmarkt. Die große Mehrheit der Bundestagsabgeordneten denkt gar nicht daran, mit der AfD einen normalen und demokratischen Umgang zu pflegen.

Wer als rechtsradikal einmal gebrandmarkt ist, ist wehrlos. Der Rechtsstaat verfolgt Hass und Hetze mit ganzer Härte, allerdings nur bei den "Rechten". "Linke Aktivisten" dürfen hassen und hetzen, denn sie jagen die Richtigen. Deutschland wird eingeteilt in "Dunkel" und "Hell". Der politische Gegner wird zum persönlichen Feind erklärt, der Andersdenkende zur Unperson, dem man die Bürgerrechte streitig macht. Es war wohl der russische Schriftsteller Alexander Solschenizyn, der kritisch anmerkte:

"Totaltäre Regime erkennt man daran, dass sie ihre Kritiker kriminalisieren und die Kriminellen laufen lässt."

Chemnitz ist überall

Die Ereignisse am 27. August 2018 in Chemnitz wurden vom Regierungssprecher Steffen Seibert wie folgt kommentiert:

"Solche Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft, oder der Versuch, Hass auf den Straßen zu verbreiten, das nehmen wir nicht hin!" (BZ, 27.08.2018)

Angela Merkel:

"Wir haben Videoaufnahmen darüber, dass es Hetzjagden gab, dass es Zusammenrottungen gab, dass es Hass auf der Straße gab, und das hat mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun!" (DER SPIEGEL, 28.08.2018)

Allerdings wurden diese angeblichen Beweise nicht veröffentlicht. Das im öffentlich-rechtlichen Fernsehen immer wieder gezeigte 19-Sekunden-Video sagte darüber nichts aus. Die sächsische Polizei, der Chefredakteur der "Freien Presse" Chemnitz und die sächsische Staatsanwaltschaft erklärten, dass derartige "Hetzjagden" gar nicht stattgefunden haben. Ähnlich äußerte sich auch der Präsident des Bundesverfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen. Trotzdem ging die Nachricht vom "braunen Nazi-Chemnitz" um die ganze Welt. Der alte

Mann fragt sich, ob eine Protestkundgebung gegen ein Tötungsverbrechen von Politik und Medien als "Zusammenrottung" bezeichnet werden kann. Seit wann sind Demonstrationen gegen Migrantengewalt strafbar?

Die Kanzlerin hat mit ihrer unhaltbaren Behauptung eine ganze Stadt in Verruf gebracht. Politik und Medien empören sich nicht über den Mord von Chemnitz, sondern über die, die sich über den Mord empören. Da werden friedliche Demonstranten mit "Nazis" gleichgesetzt und in eine rechtsextreme Ecke gestellt. Täter werden mit dem Adjektiv "mutmaßlich" belegt, auch wenn an der Tat kein Zweifel besteht. Der alte Mann kann verstehen, wenn nach einer Mordtat wie in Chemnitz die Bewohner ihre Betroffenheit zum Ausdruck bringen. Das hat nichts mit einer "Zusammenrottung" zu tun. Das ist auch keine rechte Gewalt.

Wie reagiert man richtig auf eine "mutmaßliche Mordtat", wie sie in Kandel oder dann in Chemnitz geschehen ist? Genügt es, an der Hinrichtungsstätte Blumen und Plüschtiere niederzulegen oder ein paar Kerzen anzuzünden? Denn das alles hat ja nichts mit dem Islam zu tun. Die Politik macht sich über "Fremdenfeindlichkeit" mehr Sorgen als über die Mordopfer. Die Medien wissen genau, worüber sie schweigen wollen.

Terror in Deutschland

Der "Kampf gegen rechts" lenkt von der islamischen Terrorgefahr ab, mit der sich viele Politiker nicht gern auseinandersetzen wollen. "Aber bitte kein Generalverdacht!"

Deutschland ist Bunt geworden. Inzwischen sind viele Opfer dieser gut gemeinten Weltoffenheit zu beklagen. Es gibt in Deutschland sehr viele bunte terroristische Einzelfälle. Das Leben ist kurzweilig und aufregend geworden. Das Land hat sich verändert. Es sind Veränderungen, die sich die "Grünen" gewünscht haben und auf die der alte Mann gern verzichtet hätte.

"Flüchtlinge" begehen Straftaten, für die sie in ihren Herkunftsländern im Gefängnis sitzen würden. Bei uns werden sie schnell wieder auf freien Fuß gesetzt. Es wird behauptet, dass die Unsicherheit in vielen Städten nur gefühlt sei. Wenn es zu einem problematischen Empfinden von Unsicherheit komme, dann liege es am "rechtslastigen Denken" der "Ossis". Man warnt davor, am Montagabend Dresden zu besuchen. Pegida-Gefahr!

Die Medien berichteten, dass der Jahreswechsel 2018/2019 meist friedlich verlaufen sei. In Wirklichkeit wurde Europa von einer Anschlagserie erschüttert, die keine Meldung wert war. Es waren Straßburg, Berlin-Wedding, Wien, Recklinghausen, Halle, Dortmund, Frankfurt am Main und Köln betroffen, um nur einige Städte zu nennen. Es ging also keinesfalls so friedlich zu, wie die Medien uns glauben machen wollten.

Bundesweit bekannt wurden die Amokfahrten von Bottrop und Essen, weil da ein Deutscher am Steuer saß. Man konnte förmlich die Erleichterung von Politik und Medien spüren, dass es diesmal kein "Schutzsuchender" war. Deshalb erfuhr man nicht nur das Alter, sondern auch Vornamen und Herkunft des Täters. Schaut her: Auch Deutsche sind kriminell! Das ändert aber nichts am Problem der Kriminalität von Einwanderern.

Allein in Köln gab es über Silvester 86 Körperverletzungen und 250 Strafanzeigen (General-Anzeiger, 01.01.2019). Es hätte ja auch schlimmer kommen können!?

Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker - die nach sexuellen Über-griffen auf Frauen in der Silvesternacht 2015/2016 dazu riet, zu Fremden immer auf "eine Armlänge" Abstand zu achten - rief am ersten Tag des neuen Jahres 2019 begeistert: "Das entwickelte Konzept der Stadt Köln und der Polizeibehörden hat gegriffen!" Dieses Konzept sah 1100 zusätzliche Polizisten plus 300 Bundespolizisten vor! (DIE WELT, 01.01.2019)

Das störende Volk

Die Regierung fühlt sich durch das Volk in ihrem Manöver gestört. Politiker der Regierungsparteien haben Angst vor einer denkenden Bürgerschaft. Da die Regierung keine Einsicht zeigt, hat das gemeine Volk das Vertrauen in deren Handeln verloren.

Führende Regierungspolitiker pöbeln und spalten das Land. Claudia Roth von den Grünen sagte am 3. Oktober 2016 an der Frauenkirche in Dresden zu den Demonstranten: "Herr, lass Hirn herabregnen!" Martin Dulig, Chef der sächsischen SPD, betitelte das Wahlvolk auf Facebook mit den Worten "Hasspöbler, Schande, Rassisten!" Die Deutschen dürfen laut einem Hamburger Gericht ungestraft "Köter-Rasse" genannt werden. Nicht die Flüchtlinge seien das Problem, sondern das Volk. (DIE WELT, 04.01.2016).

Seit 1989 ist das Volk den Regierenden so unheimlich geworden, dass "der große Lümmel" (Heinrich Heine) oder das "Pack" (Siegmar Gabriel) unbedingt klein gehalten werden muss. Der alte Mann hat verstanden. Das "Pack", die "Mischpoke", der "Mob" soll zwar das Geld heranschaffen, aber den Mund halten, sonst gibt es Denk-und Redeverbote.

Der alte Mann stammt aus Sachsen. Auch sein Vater und sein Großvater sind in Sachsen geboren. Das ist verdächtig! Damit gehört auch er zum "Pack", zu den "Schmuddelkindern", mit denen sich ehrenwerte Gutmenschen besser nicht einlassen sollten. Damit gehört er nicht mehr zum deutschen Volk, das abgeschafft werden soll. Es gibt nur noch Menschen, die, wie es Merkel formulierte "schon länger hier leben" und Menschen, "die neu hinzugekommen" sind. Der Blickwinkel ist wohl entscheidend.

Es gibt Sachsen, die behaupten, es gäbe in Deutschland eine "Masseneinwanderung". Das darf natürlich nicht gesagt werden! Eine Million junger Männer in wenigen Monaten sind keine "Masseneinwanderung". Das darf man nicht einmal denken! Deutschland bleibt Deutschland, auch wenn immer mehr Menschen aus anderen Kulturen einwandern. Die Landschaft bleibt dieselbe, auch wenn sie von anderen Menschen bewohnt wird. Die neue Nationalhymne lautet wohl:

"Migration und Recht auf Zugang sind des Glückes Unterpfand!"

Die Politik hat entschieden, dass Deutschland ein bunter Vielvölkerstaat werden soll. Er soll durch Einwanderung grundlegend verändert werden. Deutsche werden bald eine Minderheit im eigenen Land sein. Aber darüber spricht man nicht. Man will vollendete Tatsachen schaffen.

Die Regierung deutet den Begriff "Deutsches Volk" nach ihren eigenen Vorstellungen um:

"Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt." (Angela Merkel 2017)

"Der Islam gehört zu Deutschland." (Wolfgang Schäuble 2006 und Christian Wulff 2010)

Unser Land wird sich in naher Zukunft grundlegend verändern. Soll das deutsche Volk abgeschafft werden? Soll jeder, der sich in Deutschland aufhält, das Wahlrecht ausüben dürfen? Gibt es noch eine deutsche Identität? Werden die Bürger bald der absoluten Kontrolle des Staates ausgeliefert sein?

Der alte Mann ist weder rechts noch irgendetwas anderes, aber er ist durch die herrschende Klasse verunsichert. Er merkt, dass Kritik und Diskussionen unerwünscht sind. Wer sich Gedanken über die Asylpolitik macht, die nicht mit der aktuellen Regierungsdoktrin konform gehen, wird sofort pathologisiert und in die rechte Ecke gestellt. Die politisch Herrschenden diffamieren alle, die sich ihnen in den Weg stellen. Solche Zeitgenossen werden gemeinhin als "Wutbürger", "Ängstlinge", "Rassisten", "Rechtspopulisten" oder als "Nazis" bezeichnet. Die mediale öffentliche Meinung gibt den Weg vor. Deutschland entwickelt sich zu einem Denunziantenstadl. Eine "Stasi" - obwohl sich der Verfassungsschutz dahingehend stark mausert - wird nicht gebraucht. Es tummeln sich bereits viele freiwillige Denunzianten im Land - in der DDR waren das die "Inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi".

Wenn die Freiheit verschwindet, sind zuerst Christen betroffen. Das beginnt in den Unterkünften der Zuwanderer. Christen wissen, wer die Liebe ist und sie wissen auch, wer die Wahrheit ist: Jesus Christus. Liebe und Wahrheit sind genau das, was der Islam bekämpft. Dennoch soll er zu Deutschland gehören. Die verantwortlichen Politiker sollten darüber nachdenken, dass Islam und Demokratie niemals zusammengehen können. Der Islam ist verfassungsfeindlich und nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Der alte Mann hat den Eindruck, dass der Regierung der Überblick verloren gegangen ist. Regierung und Medien suggerieren, dass die Einwanderer eine große Bereicherung für unser Land seien. Sie würden angeblich viele Millionen in unsere Sozialsysteme spülen. Sie würden den Mangel an Fachkräften beheben. Ohne die Einwanderer gäbe es für Deutschland die Gefahr der Inzucht. Sie würden unsere veraltete deutsche Kultur bereichern und unser Land interessant machen. Die Einwanderer seien ein Gegenpol zur "deutschen Leitkultur", die nicht mehr zeitgemäß sei.

Fazit des alten Mannes

Parlamentarische Demokratie funktioniert nur, wenn die Akteure ihre Machtgier zügeln. Die Abkehr von Werten, wie sie in der Bibel stehen, bedroht die Freiheit. Erst die Suche nach der Wahrheit trägt zur Freiheit unserer Zivilisation bei. Geht es nach den Regierenden in unserem Land, darf der alte Mann längst nicht mehr frei und offen sagen, was er denkt. Der Bürger darf alles kritisieren, sogar Gott! Aber auf keinen Fall den Islam, denn der gehört zu Deutschland. Unser Leben ist eben vielfältiger geworden. Wir haben wohl nur ein "gefühltes Sicherheitsproblem", denn die meisten "Flüchtlinge" sind ganz und gar unauffällig. Es kommt höchstens mal zu ein paar Rangeleien. Da kann es doch helfen, "eine Armlänge" Abstand zu halten oder eine Dose Pfefferspray in der Tasche zu haben - natürlich nur, wer einen Kleinen Waffenschein hat.

Weil die Fakten gegen sie sprechen, flüchtet sich die Bundeskanzlerin in ein "absolut sicheres Gefühl", dass "wir" aus der gegenwärtigen Situation "besser herauskommen, als wir reingekommen sind". (FOCUS, 31.08.2017). Der Bürger muss sich also um die weitere Entwicklung und Zukunft unseres Landes keine Sorgen machen. Doch das ist erst der Anfang. Es wird weiter gearbeitet werden bis der letzte Euro aus-

gegeben ist. Dann werden wir die Suppe auslöffeln dürfen, wenn nicht alles schon zu spät ist.

Der alte Mann ist nachdenklich geworden. Die aktuelle politische Lage ist bedenklich. Schnelle Lösungen sind nicht in Sicht. Er möchte die wenige Zeit, die ihm noch bleibt, in einem Land leben, das ihm vertraut ist. Er liebt die deutsche Sprache, die deutsche Kultur, die deutschen Menschen, seine deutsche Heimat.

Welche Möglichkeiten hat der alte Mann? Er kann sich still verhalten in der Hoffnung, dass es schon nicht so schlimm werden wird. Er kann in eine Partei eintreten und hoffen, dass sich politisch einiges zum Besseren wendet. Er kann versuchen, die Menschen, die er kennt wachzurütteln. Er kann sich weigern zur Wahl zu gehen, oder jetzt erst recht das Kreuz an der richtigen Stelle machen. Als letztes Mittel könnte er sich vor dem Reichstag in Berlin in die Luft sprengen. Bleibt ihm jetzt weiter nichts, als zu resignieren? Muss er alle Hoffnung aufgeben? Muss er verzweifeln?

Nein! Der alte Mann hat das Glück, die doppelte Staatsbürgerschaft zu besitzen. Er wird in Kürze in ein Land gehen, das alle seine kühnsten Erwartungen übertrifft. Eine Wohnung ist für ihn schon reserviert. Er freut sich riesig darauf. Er hat eine Hoffnung, die über die Dinge dieser Zeit hinausreicht. Er hat eine Hoffnung, die nicht zuschanden wird, die den Tod überdauert. Er weiß, dass Gott alle Gewalt hat im Himmel und auf Erden.

Christen sind angehalten, für die Obrigkeit zu beten, ihren Glauben zu leben und öffentlich zu bezeugen. Christen haben den Auftrag, Zeugen Jesu Christi zu sein. Sie sollen das Evangelium weitersagen, damit Menschen vom ewigen Tod errettet werden.

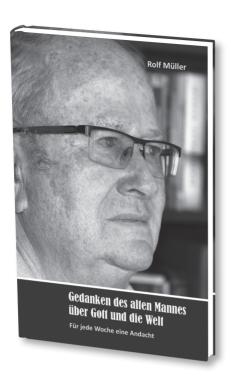
Christen werden weder die Welt verbessern noch retten können. Es gibt keine christliche Politik, aber es gibt Christen in der Politik. Es gibt keine christlichen Parteien, aber es gibt Christen in den Parteien. Es gibt keine christliche Regierung, aber es gibt Christen in der Regierung.

Und diese Christen müssen sich im Klaren darüber sein, was ihr eigentlicher Auftrag ist.

Dass die Menschen überwiegend gottlos geworden sind heißt nicht, dass sie Gott loswerden. Sie werden alle einmal für ihr Handeln vor dem himmlischen Vater Rechenschaft ablegen müssen. Glücklich ist, wer hier und jetzt seine Sache mit Gott in Ordnung bringt. Wie das geschehen kann, erklärt die Bibel, Gottes ewiges und wahrhaftiges Wort:

"Euer Herz erschrecke nicht!
Glaubt an Gott und glaubt an mich!
Im Haus meines Vaters sind viele Wohnungen;
wenn nicht, so hätte ich es euch gesagt.
Ich gehe hin, um euch eine Stätte zu bereiten.
Und wenn ich hingehe
und euch eine Stätte bereite,
so komme ich wieder
und werde euch zu mir nehmen,
damit auch ihr seid, wo ich bin."

(Jesus Christus im Evangelium des Johannes, Kapitel 14, 1-3).



Rolf Müller

Gedanken des alten Mannes über Gott und die Welt Für jede Woche eine Andacht

Rolf Müller kam über eine Evangelisation zum Glauben an Jesus Christus. Seit 1950 gehört er zu einer Landeskirchlichen Gemeinschaft im Sächsischen Gemeinschaftsverband, wo er sich viele Jahre im Verkündigungsdienst eingebracht hat. Müller schlüpft immer wieder in die Rolle des alten Mannes, der die Welt nicht mehr versteht. Dabei setzt er sich kritisch mit einer Theologie der Beliebigkeit auseinander, auf die er in seinen Andachten aufmerksam macht.

128 Seiten, Hardcover

Bestell-Nr.: 548350 € 11,95

Rolf Müller kam über eine Evangelisation zum Glauben an Jesus Christus. Seit 1950 gehört er zu einer Landeskirchlichen Gemeinschaft im Sächsischen Gemeinschaftsverband, wo er sich viele Jahre im Verkündigungsdienst eingebracht hat. Müller schlüpft immer wieder in die Rolle des alten Mannes, der manche Entwicklungen nicht mehr versteht. In diesen vier Broschüren setzt er sich kritisch mit der Evangelischen Kirche, mit Gnadau, der Gemeinschaftsbewegung und der Evangelischen Allianz, mit dem Islam und mit der deutschen Politik und der Verdrossenheit der Bürger auseinander.



Rolf Müller

Gedanken eines alten Mannes - Evangelische Kirche: Auslaufmodell?

24 Seiten, Softcover Bestell-Nr.: 548385

auf Spendenbasis/AG WELT e.V.

Spendenkonto Sparkasse Lemgo IBAN: DE67 4825 0110 0005 1123 21

BIC: WELADED1LEM



Rolf Müller

Gedanken eines alten Mannes über Gnadau, Gemeinschaftsbewegung und Allianz.

34 Seiten, Softcover **Bestell-Nr.: 548386**

auf Spendenbasis/AG WELT e.V.

Spendenkonto Sparkasse Lemgo IBAN: DE67 4825 0110 0005 1123 21

BIC: WELADED1LEM



Rolf Müller

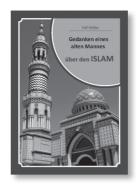
Gedanken eines alten Mannes über Klima und Weltrettung.

24 Seiten, Softcover Bestell-Nr.: 548424

auf Spendenbasis/AG WELT e.V.

Spendenkonto Sparkasse Lemgo IBAN: DE67 4825 0110 0005 1123 21

BIC: WELADED1LEM



Rolf Müller

Gedanken eines alten Mannes über den ISLAM

28 Seiten, Softcover Bestell-Nr.: 548386

auf Spendenbasis/AG WELT e.V.

Spendenkonto Sparkasse Lemgo IBAN: DE67 4825 0110 0005 1123 21

BIC: WELADED1LEM

Diese Broschüre kann auf Spendenbasis bestellt werden:

Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen e.V. Pressestelle - Thomas Schneider Alter Schulweg 3 08359 Breitenbrunn/Erzg. Tel. (03 77 56) 14 32

Email: thomas.schneider@agwelt.de

Web: www.agwelt.de

Bitte bestellen Sie auch unsere Quartalspublikation *Brennpunkt Weltanschauung* sowie unsere Kurzinformationen (von Aberglaube bis Yoga) für Gemeinden und Hauskreise. Gern schicken wir Ihnen dazu unsere aktuelle Bestellliste.

Spendenkonto AG WELT e.V.

Sparkasse Lemgo

IBAN: DE67 4825 0110 0005 1123 21

BIC: WELADED1LEM



